



Gemeinderatsitzung vom 28. Mai 2020

Die wichtigsten Tagesordnungspunkte:

Bericht der Bürgermeisterin über die umgesetzten Maßnahmen seit der letzten Gemeinderatssitzung und über die Vorhaben der nächsten Zeit.

Bürgermeisterin Ingrid Salamon hält fest:

Nachdem die Zeit seit der letzten Gemeinderatssitzung sehr kurz war und wegen der vielen Beschränkungen sich auch nichts Wesentliches getan hat, möchte ich meinen Bericht auf einen Punkt beschränken.

City-Bus Mattersburg

Die Errichtung der Haltestellen, sowohl baulich als auch die Ausstattung mit den Verkehrszeichen ist fast abgeschlossen, wir können daher wie nun geplant Anfang Juni den Betrieb aufnehmen. Das Nähere werden wir auch beim eigenen Tagesordnungspunkt besprechen.

Schulgebäude Michael Koch-Straße – Jubiläumshauptschule – Umbenennung des Gebäudes – Beschlussfassung. –

Stadträtin Claudia Schlager berichtet, dass es ihr auch als eine der beiden Schulleiterinnen der im Schulgebäude M. Koch-Straße 44 untergebrachten Schulen ein großes Anliegen ist, dass in Erinnerung an den kürzlich verstorbenen Altbürgermeister Mag. Eduard Sieber als Anerkennung seiner Verdienste um die Bildungspolitik und den Schulstandort Mattersburg sein ehemaliges Schulgebäude seinen Namen tragen soll.

Nach zustimmenden Äußerungen der Vertreter der anderen Fraktionen fasst nunmehr der Gemeinderat über den Antrag von Stadträtin Claudia Schlager

einstimmig – alle 25 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil –
folgenden

Beschluss:

In Erinnerung an den kürzlich verstorbenen Alt-Bürgermeister Mag. Eduard Sieber und in Anerkennung seiner Verdienste um die Bildungspolitik in Mattersburg wird das Schulgebäude in der Michael Koch-Straße 44 (bisherige Jubiläumshauptschule, derzeit Schulgebäude der BHAK/BHasch und der Polytechnischen Schule) in

Eduard Sieber-Schule

umbenannt.

Stadtbus Mattersburg – Anpassung des Benützungsentgeltes 2020 und weitere Umsetzungsmaßnahmen – Bericht und Beschlussfassung. –

Stadtrat Manfred Schandl hält fest, dass sich durch die Covid19-Pandemie einerseits der Start des Stadtbusses verzögert hat, andererseits noch einige Aufträge in diesem Zusammenhang zu vergeben sind. Er bringt dem Gemeinderat den vorliegenden Entwurf zur Kenntnis.

Nach zustimmenden Äußerungen der Vertreter der anderen Fraktionen fasst nunmehr der Gemeinderat über den Antrag von Stadtrat Manfred Schandl einstimmig – alle 25 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil – folgenden

Beschluss:

I.

In Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 12. Dezember 2019, TOP 12, werden wegen des durch die „Corona-Krise“ bedingten verspäteten Starts des Mattersburger Stadtbusses nur für das Jahr 2020 die Tarife für die Jahrestickets wie folgt reduziert:

g) Jahresticket – Erwachsene	50,00
h) Jahresticket – Ermäßigung (Kinder 6 - 15 Jahre, Pensionisten, Grundwehrdiener und Personen mit Behindertenausweis)	25,00

Jahrestickets sind grundsätzlich ab sofort im Rathaus erhältlich, die Jahrestickets gelten zukünftig vom 09. Dezember des Vorjahres bis zum 20. Jänner des Folgejahres.

Weiters wird festgelegt, dass im Juni 2020 als Probemonat für alle Fahrgäste die Benützung der beiden Stadtbuslinien kostenlos möglich ist.

II.

Für die noch weiters notwendige Umsetzung des Stadtbus-Konzeptes werden folgende Leistungen nachträglich (ergänzend zum Beschluss des Stadtrates vom 03. März 2020) vergeben:

- a) Die weitere Projektbegleitung durch die Fa. MIRO Mobility GmbH, Eisenstadt, zu einem Angebotspreis von Euro 25.000,-- excl. MWSt. laut Angebot vom 26.11.2019;
- b) Die Lieferung der Haltestellentafeln samt Zubehör und Fahrplankästen durch die Fa. KWJ Werbeagentur und Beschriftungen GmbH, Mattersburg, zu einem Angebotspreis von Euro 33.285,60 excl. MWSt. laut Angebot vom 19.03.2020;
- c) Die Beschriftung (Branding) der 3 Busse durch die Fa. KWJ Werbeagentur und Beschriftungen GmbH, Mattersburg, zu einem Angebotspreis von Euro 5.500,-- excl. MWSt. laut Angebot vom 19.03.2020;

Schwimmbad und Eislaufplatz – Verpachtung des Buffets und Restaurants – Genehmigung des Pachtvertrages mit Paolo Chessa, 7000 Eisenstadt, Feldgasse 35 – Beschlussfassung. –

Gemeinderätin Sophia Wilfing stellt erfreut fest, dass nach langwierigen Verhandlungen nun doch ein Pächter für das Badrestaurant gefunden werden konnte. Sie bringt die wesentlichen Punkte dieses Vertrages vor und nach zustimmenden Äußerungen fasst nunmehr der Gemeinderat über ihren Antrag einstimmig – alle 25 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil – folgenden

Beschluss:

Der zwischen der Stadtgemeinde Mattersburg als Verpächterin und Herrn **Paolo Chessa**, 7000 Eisenstadt, Feldgasse 35, als Pächter abgeschlossene Vertrag betreffend die pachtweise Überlassung von Räumlichkeiten des Betriebs- und Buffetgebäudes im Schwimmbad- und Eislaufplatzgelände in Mattersburg zum Betrieb eines Buffets und Restaurants für die Zeit von **01. Juni 2020** bis **30. April 2025**, zu einem wertgesicherten monatlichen Pachtzins von **€ 1.250,--** zuzüglich der

gesetzlichen USt., wird im Wortlaut des vorliegenden Original-Pachtvertrages, von dem eine Ausfertigung diesem Beschlusse anzuschließen ist, genehmigt.

Feuerwehr Mattersburg und Walbersdorf – Einbringung einer Sammelklage gegen das LKW-Kartell – Abtretungserklärung der Gemeinde an die beiden Feuerwehren – Beschlussfassung. –

Stadtrat Manfred Schandl erläutert hier folgenden Sachverhalt: Über Anraten des Landesfeuerwehrverbandes hat die Gemeindeabteilung des Amtes der Bgld. Landesregierung zu einem Gespräch mit den Interessensverbänden eingeladen und die beigefügten Unterlagen als Entwurf übergeben. Die vertraglichen Bestimmungen werden derzeit noch rechtlich geprüft und sollen so schnell wie möglich auch mit offiziellem Schreiben den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.

Nach Auskunft des LFV haben jedoch, um nicht eventuell einige Jahre verjähren zu lassen, die betroffenen Gemeinden – Mattersburg ist mit beiden Feuerwehren betroffen – bis längstens Ende Juni das Klagerecht an die jeweilige Feuerwehr abzutreten. Es soll daher vorsorglich der dazu notwendige Gemeinderatsbeschluss gefasst werden. Soll das Klagerecht über Empfehlung der Landesregierung letztendlich nicht abgetreten werden, wird dieser Beschluss in einer der nächsten Sitzungen wieder aufgehoben oder abgeändert.

Nachdem zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst nunmehr der Gemeinderat über den Antrag des Stadtrates Manfred Schandl einstimmig – alle 25 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil – folgenden

Beschluss:

Für die Einbringung einer Sammelklage gegen das „LKW-Kartell“ (siehe die beiliegenden Unterlagen zu diesem Beschluss) wird das Recht zur Einbringung einer Klage an die Feuerwehr Mattersburg und an die Feuerwehr Walbersdorf für die im Zeitraum 2005 bis 2013 angeschafften Fahrzeuge abgetreten.

Resolution an die Österreichische Bundesregierung für ein kommunales Investitionsprogramm und die Verlängerung des aktuellen Finanzausgleiches – Beschlussfassung. –

Bürgermeisterin Ingrid Salamon verweist auf die kurze Diskussion beim Tagesordnungspunkt Anfragen und erläutert die vorliegende Resolution. Sie verweist auch auf die Diskussion in der letzten Gemeinderatssitzung und bestätigt, dass es aus ihrer Sicht gut gewesen sei auf eine gemeinsame Vorgangsweise, auf einen

Vorschlag der Interessensvertretungen, zu warten. Nunmehr habe sich der Österreichische Gemeindebund einstimmig für diesen Antrag an die österreichische Bundesregierung ausgesprochen und sie beantragt die Beschlussfassung dieser Resolution als Unterstützung des Gemeindebundes bei seinen Forderungen an die Bundesregierung.

Nachdem keine weitere Wortmeldung erfolgt, fasst nunmehr der Gemeinderat über Antrag von Bürgermeisterin Ingrid Salamon einstimmig – alle 24 anwesenden Gemeinderäte nehmen an der Abstimmung teil – folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Mattersburg unterstützt die Resolution des Präsidiums des Österreichischen Gemeindebundes vom 29. April 2020 und fordert die österreichische Bundesregierung daher auf durch die Bereitstellung von Finanzierungszuschüssen und Garantien sowie die Weitergabe von sogenannten OeBFA-Darlehen die Liquidität der Gemeinden zu gewährleisten, durch ein kommunales Investitionsprogramm in Höhe von einer Milliarde Euro die regionale Wirtschaft zu stärken und den aktuellen Finanzausgleich bis einschließlich 2023 zu verlängern.

Der genaue Wortlaut der Resolution des Präsidiums des Österreichischen Gemeindebundes bildet einen integrierten Bestandteil dieses Beschlusses.